

Pressemitteilung 7. Juli 2016

BBB-Fraktion
Altes Rathaus
53111 Bonn
Telefon: 0228/77 54 45
Telefax: 0228/77 54 47
7. Juli 2016

Vertragsunterzeichnung Intendanz Theater und Beethovenorchester **BBB: Gebaren des OB und seiner Ratskoalition unredlich**

Die **BBB**-Fraktion teilt die Ansicht des Stadtsporthundes Bonn (SSB), der die schnelle Vertragsunterzeichnung des Generalintendantenvertrags mit Bernhard Helmich kritisiert. Der Bürger Bund hat immer dafür geworben, zunächst die Beratung und Verabschiedung des Haushalts abzuwarten und erst dann den Generalintendantenvertrag abzuschließen. Stattdessen haben die Ratskoalition sowie der Oberbürgermeister mit dem Beschluss und dessen Sofortvollzug ein mögliches Bürgerbegehren unterlaufen. Damit wurde die Bürgerbeteiligung durch Ashok-Alexander Sridharan, der im Wahlkampf 2015 noch betont bürgernah auftrat, ganz bewusst ausgehebelt. Dass der Oberbürgermeister trotz Nachfrage dem Rat am 30. Juni 2016 verschwieg, dass er die Verträge mit den Herren Helmich und Kaftan nur wenige Stunden nach dem Ratsbeschluss unterschrieben würde, ist aus Sicht des **BBB** sehr bedenklich.

Johannes Schott, kulturpolitischer Sprecher der **BBB**-Fraktion: „Oberbürgermeister Sridharan zeigt ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Ohne die Debatte im Rat am vergangenen Donnerstagabend abzuwarten, hat er offenkundig schon Tage vor dem Ratsbeschluss Herrn Kaftan zur Vertragsunterzeichnung eingeladen. Das ist ein hohes Maß an politischer Instinktlosigkeit und offenbart, welch geringen Stellenwert die Ratsversammlung für den OB hat. Dass Sridharan durch sein Verhalten im Verein mit CDU, FDP und Grünpartei den Bürgern den Weg zu einer demokratischen Mitbestimmung abgeschnitten hat, zeigt weiter, dass bei den Genannten zwar gerne über Bürgerbeteiligung schwadroniert wird, aber diese außerhalb von Sonntagsreden zu Wahlzeiten dort keine echte Rolle spielt. Vielmehr ist seit Amtsantritt von Sridharan ein Durchregieren festzustellen, das gemeinhin als Arroganz der Macht bekannt ist. Wie die Ratsmehrheit die mit dem GI-Vertrag eingetretene Ungleichbehandlung der gesellschaftlichen Gruppen auflösen will, ohne in ein noch tieferes Haushaltsloch zu fallen, ist mir schleierhaft.“

Der **BBB** fragt sich indes, ob der GI-Vertrag im Rat überhaupt eine Mehrheit gefunden hätte, wenn da bereits bekannt gewesen wäre, dass der Pantheondeal auf der Kippe steht. Auch hier hat es der OB schuldhaft verabsäumt den Rat über die offenen Fragen, z.B. zur Bürgerschaft so zu informieren, wie es nach der Gemeindeordnung seine Pflicht gewesen wäre.

BBB mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung